Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1208

# Dresdner Volkszeitung

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,60 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 169 | Dresden, Freitag den 22. Juli 1921 | 32. Jahrg.

## Ein französisches Schandgesetz

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam erläßt folgende Erklärung:

In den Teilen des Friedensvertrages von Versailles, die nicht von wirtschaftlichen Forderungen handeln, wird mit wohlfeiler Feierlichkeit von der Sicherung des Friedens geredet. Wie ernst diese schönen Worte von den vertragschließenden bürgerlichen Regierungen genommen werden, bezeugt ein Gesetzentwurf der französischen Regierung zum Schutz des unbeschränkten Militarismus.

Dieser Gesetzentwurf ist die Antwort der Generale auf den spontan ausbrechenden Unwillen und die Meutereien gegen die Einziehung der Jahresklasse 1919. Der Entwurf verbietet alle antimilitaristische Propaganda, „gleichgültig in welcher Form oder durch welche Mittel", durch die Angehörige des Heeres und der Marine, Aktive und Reservisten, zu pflichtwidrigen Handlungen oder zum Ungehorsam gegen ihre Offiziere veranlaßt werden können. Drei Dinge werden als Allerheiligstes der bürgerlichen Ordnung besonders erwähnt: die Einberufung zur Armee, der Schutz der Gesetze und der militärischen Verordnungen und die Verteidigung der republikanischen Verfassung.

Schon die ersten Paragraphen des Gesetzes geben dem Begriff Heeresangehörige eine Weite, daß darunter alle Wehrfähigen zu verstehen sind vom jüngsten Rekruten bis zum ältesten Landwehrmann.

Sie nehmen daher einem großen Teil der Zivilbevölkerung das Recht, sich über den Militarismus aufzuklären. Aber damit nicht genug, keiner soll mehr darauf hinweisen dürfen, daß der Militarismus die Knute des Kapitals in bürgerlichen Demokratien ist; keiner sich erkühnen zu behaupten, daß Heeresausgaben im Frieden und erst recht im Krieg nur die Steuern erhöhen und die private Rüstungsindustrie bereichern; daß stehende Heere nur

**Machtmittel des weißen oder roten Imperialismus**

und Garantien künftiger Kriege sind. Denn durch alle Gedanken, die gegen den Militarismus in Wort und Schrift geäußert werden, kann der Geist des Widerstandes bei den Soldaten gestärkt werden. Darum verbietet der Entwurf alle Propaganda gegen den Militarismus in allen Kreisen des Volkes, denn das ist der Sinn der Bestimmung, die die Propaganda durch dritte Personen verbietet. Die öffentliche Meinung steht zur freien Verfügung der Generale.

Die bürgerlichen Parteien werden vermutlich dieses Gesetz annehmen. Aber die französische Arbeiterschaft hat ihre eigenen Gedanken über den Weg zum Frieden und zum wahren Völkerbund. Der Kampf gegen den Militarismus ist eines der großen Ziele der Gewerkschaften in allen Ländern. Der französische Gewerkschaftsbund hat daher schärfsten Protest angekündigt; die antimilitaristische Propaganda gehöre zu seinen Grundsätzen und er werde sie nicht aufgeben; überall haben die Ortsgruppen diese entschiedene Haltung zugestimmt. Die französische sozialistische Jugend hat sich in einem flammenden Manifest den älteren Kameraden angeschlossen. Wenn der Entwurf Gesetz wird, wird die Propaganda gegen den Militarismus nicht geringer werden: sie wird nur im Namen des Rechtes gegen das Gesetz geführt werden.

Der Militarismus ist der gemeinsame Feind aller Arbeiter, ob sie Deutsche, Franzosen oder Engländer sind; er ist die Waffe der erstarkenden Reaktion in den Ländern der Sieger wie der Besiegten. Siegreicher Militarismus in Frankreich ist eine Herausforderung und frische Nahrung für den verborgenen und unterdrückten Militarismus in Deutschland und den andern Ländern Europas.

Der Völkerbund theoretisiert über Entwaffnung, während nichts geschieht, die politische Atmosphäre von Konfliktstoffen zu reinigen. Mehr als je müssen die Arbeiter nur ihrer eigenen Kraft vertrauen. Auf dem Kongreß in London haben die Gewerkschaften beschlossen, den Militarismus in jeder Form zu bekämpfen. Der Kampf gegen die Reaktion kann jedoch nur durch Massenaktionen geführt werden, die nicht denkbar sind ohne bewußtes Solidaritätsgefühl der Arbeiter aller Länder. Der Internationale Transportarbeiterverband hat sich auf seinem letzten Kongreß in demselben Geist entschieden und eine erhebliche Summe für diesen Kampf bewilligt. Die Gewerkschaften haben die Macht, zu handeln, und müssen handeln. An dieser Front darf es keine Parteiunterschiede geben. Die Uneinigkeit des Proletariats ist die Bresche, die der Militarismus zu seinem Siege benutzen will. Die Landeszentralen haben jetzt kaum eine ernstere Aufgabe, als dieser Gefahr Herr zu werden. Der kürzeste Weg zu diesem Ziel sind Erfolge über den Feind. Nur wenn in den verschiedenen Ländern die Gewerkschaften im Kampf für den Frieden unerbittlich eingesetzt werden, sichern sie die errungenen Freiheiten, legen den Grund zur wirtschaftlichen Demokratie und sind Wegbereiter eines wirklichen Bundes der Völker. Nur dann kann der Internationale Gewerkschaftsbund den Weltfrieden gegen jeden internationalen Trust bürgerlicher Regierungen und kapitalistischer Interessen behaupten.

Zur Vorgeschichte dieses Gesetzentwurfes und seines bisherigen Schicksals sei noch bemerkt:

In der zweiten Hälfte des Monats April wurden zwei französische Jahrgänge mobil gemacht zum Dienst in den besetzten Gebieten. Ein Teil der französischen Arbeiterpresse behauptete, daß es zu Meutereien gekommen sei, daß die Soldaten in den rechts- und linksrheinischen Standorten rote Fahnen gehißt, die Internationale gesungen und die Offiziere ausgepfiffen hätten. Es hat sich herausgestellt, daß ein großer Teil dieser Angaben übertrieben oder erfunden war. Aber wenn auch nur ein kleiner Teil auf Wahrheit beruhte, so genügte das immerhin, um die französische Generalität aufhorchen zu lassen. Da sie heutzutage in Frankreich das wirklich regierende Element bildet, so war die Folge davon ein Gesetzentwurf gegen jede antimilitaristische Propaganda. Kriegsminister Barthou und der weit rechts stehende Justizminister Bonnevay suchten in den Kammerausschüssen das neue Gesetz mit allen Mitteln durchzupeitschen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Im Ausschuß verfochten vor allem drei bekannte Rechtsanwälte, der Sozialist Uhry, der Kommunist Lafont und der Linksrepublikaner de Moro-Giafferi (Caillaux' Anwalt) die juristischen und politischen Unmöglichkeiten des Entwurfes. Sie hatten damit den Erfolg, daß zuerst erneute Beratungen, sodann eine regelrechte Vertagung bis über die Parlamentsferien hinaus mit stillschweigender Zustimmung Briands und, wie es heißt, auch Bonnevays, aber zur größten Entrüstung Barthous und der Generale beschlossen wurde.

Ob damit die ganze Angelegenheit als begraben angesehen werden kann, steht dahin. Bei der bewiesenen Hartnäckigkeit der französischen Militaristen ist es anzunehmen, daß sie das Spiel noch nicht für verloren geben. Einstweilen bleibt das Schandgesetz, gegen das sich die obige Erklärung des Internationalen Gewerkschaftsbundes richtet, nur ein Entwurf ...

## Wege der Sozialisierung

„Wie ehedem, lebt der Sozialismus auch heute noch nur im Reich der Träume, und statt der ersten wirklichen Versuche der Sozialisierung, bekamen wir eine Musterkarte von Sozialisierungstheorien."

Diesen leider wahren Tatbestand stellt Heinrich Ströbel im Eingange eines neuen Buches* fest. Er fügt deshalb zu den vielen vorhandenen Theorien nicht noch eine neue, stellt vielmehr das Tatsachenmaterial über das Problem, soweit es bedeutsam, zusammen. Dabei übt er Kritik an dem Verhalten der sozialistischen Parteien. Verfasser beweist, daß die Sozialisierung notwendig ist und die Produktion steigert, aber er bemängelt das völlige Fehlen eines Sozialisierungsplanes, an den im Vorkriegszeiten selbst unsre besten Theoretiker nicht dachten, um nicht von den [illegible] Nichts-als-Praktikern als Utopisten verschrien zu werden. Er erinnert dabei an die Mißerfolge Babeufs, dessen System er schildert. Durch die rein praktische Politik kam in den Sozialismus ein Moment des Fatalismus und Mechanismus, das in den marxistischen Ideen nicht unbedingt enthalten ist und das bewirkte, daß man an der plötzlich gestellten großen Aufgabe scheiterte.

Nach einem langen geschichtlichen Rückblick auf die [illegible] untergegangenen kommunistischen Gemeinden bespricht Ströbel, meist an der Hand authentischer Veröffentlichungen, ausführlich das bolschewistische Experiment. Es begann mit einer wilden Sozialisierung seitens der aller Leitungsfähigkeit baren Arbeiterschaft, die zu einem völligen Zerfall der russischen industriellen Produktion führte; ihr folgte eine von der politischen Gewalt erzwungene Zusammenfassung, die zu vollständiger Zentralisation, Bureaukratisierung (auf zehn Arbeiter ein Beamter) und Kasernenwirtschaft ausartete. Die Masse der Arbeiter bleibt den Geschäften fern, der Sowjet-Bonze herrscht.

Auch die bolschewistischen Illusionen über die Landwirtschaft sind verflogen. Man hoffte den Mir, die halbkommunistische Dorfgemeinde, zu erhalten und auszubauen zu können. Aber im Gegenteil hat die Landverteilung an die Bauernschaft ihn noch weiter zermürbt und die Bauern zu Privateigentumsfanatikern gemacht. Nur wenige große Güter konnte die Regierung als Sowjetwirtschaften erhalten. Wie es mit der oft hervorgehobenen Kulturblüte des Bolschewismus steht, illustriert ja der neuerliche Aufruf Gorkis für die russischen Gelehrten, die langsam verhungern — soweit es nicht bereits geschehen ist. Die kitschigen Vergnügungen, die man dem Volke jetzt gratis bietet, fördern nicht die Kultur, und die maßlosen Illusionen über das, was technisch und kulturell geschehen könnte, ersetzen nicht das notwendigste Materielle.

Bei der Besprechung der deutschen Zustände äußert sich Ströbel oft sehr bitter über den großen Energiemangel und die „erschreckende Ideenlosigkeit der deutschen Politik, die bis tief in die Kreise des Sozialismus gehen und die Abkehr von den kolossalen Entwürfen des Bolschewismus abstecken, als daß nicht auch kluge, logische Köpfe dem Allzuviel vor dem Allzuwenig den Vorzug geben sollten". Vorschläge zur Sozialisierung wurden zwar von sachverständiger Seite gemacht, aber die Angst vor Ueberstürzung ließ selbst auf der linken Seite der Sozialdemokratie Warnungsrufe ertönen. Die allzu große Rücksichtnahme auf die kapitalistischen, bureaukratischen und militärischen Kreise ließ bald deren Angst schwinden und schnell ein herausforderndes Treiben der Konterrevolution entstehen. Dazu kam die Spaltung der Sozialdemokratie, deren linker Flügel in das Schlepptau der Spartakisten, deren Rechte unter den Einfluß bürgerlicher Parteien und Ideologien geriet; dadurch wurde eine konsequente Demokratisierung und Sozialisierung verhindert. Aber auch die von seiner Richtung hintanzuhaltenden, rasch wiederholten Lohnforderungen der Arbeiter, die Parole des Sieben-, ja des Sechsstundentages, die Lockerung der Arbeitsdisziplin und die Verminderung der Arbeitsproduktivität ließen die Sozialisierung als allzu großes Wagnis erscheinen. Trotz alledem läßt sich die Untätigkeit der praktischen Politiker nicht voll entschuldigen; es fehlte ihnen der historische und ökonomische Weitblick, den Universitätslehrer wie Wilbrandt, Lusch, Neurath, Lederer, Goldscheid und Bücher, und sozialistische Theoretiker wie Kautsky, Bauer und andre besitzen, die sie zu radikaleren Forderungen drängten.

Die Sozialisierung scheiterte, weil der Kampf um sie mit beispielloser Kräftezersplitterung und unfähiger Desorganisation aller materiellen und geistigen Machtmittel geführt wurde. Die zwar nicht durchgreifende, aber für den Anfang wohl brauchbare Wissell-Möllendorffsche Planwirtschaft, der auch Nestriepke und Prof. Wittig zustimmten, wurde in der Partei und von den Regierenden mit Redensarten abgetan, für die Sozialisierung des Bergbaus — dem Ströbel ein sehr langes und recht belehrendes Kapitel widmet — wurde trotz der himmelschreienden Profitwirtschaft, die das Volk aufs tiefste schädigte, nichts geleistet, insbesondere die Kohlenmagnaten ließ man so wirtschaften, daß sie jährlich mehrfach das gesamte angelegte Kapital verdienten (was übrigens auch in viel andern Industrien vorkam), den hochvernünftigen Konzentrations- und Sozialisierungsvorschlag Hartens (über den die Vollsitzung ausführlich am 9. Juni vorigen Jahres entschieden wurde in der Presse und in der Sozialisierungskommission völlig totgeschwiegen. „Innerhalb ihrer Umgrenzung auf das konkrete Wirtschaftssystem ist — nach Ströbel — Hartens Schrift zweifellos weitaus das Beste, Sachkundigste, Eindringlichste und

* Die Sozialisierung, ihre Wege und Voraussetzungen. Verlag Der Firn, Berlin W. 35. 230 Seiten Großoktav. Preis zirka 20 Mark.

## Französische Verstärkungen auf dem Marsch

Eigene Drahtmeldung

**London**, 22. Juli. Die französische Regierung hat ihrer Ankündigung, neue Truppen nach Oberschlesien zu schicken, überraschend schnell die Tat folgen lassen. An wohlinformierter hiesiger Stelle wird bekannt, daß Paris es nicht für vorteilhaft befunden hat, das Ergebnis des Meinungsaustausches mit London über diese Frage abzuwarten und daß sich eine französische Division bereits auf dem Wege nach Oberschlesien befindet. Von der gleichen ernstzunehmenden Stelle wird im Daily Chronicle, Lloyd Georges Organ, mitgeteilt, daß in London die Entsendung weiterer französischer Truppen als nicht geeignet angesehen wird, um die Lage zu klären. Man ist im Gegenteil der Ansicht, daß dadurch die Polen zu weiteren Angriffen provoziert werden dürften. Wenn dieser Fall eintreten sollte, so sei es gegeben, daß die Deutschen sich rächen würden und daß dann plötzlich wieder das ganze Volk in Waffen stehen würde. Dann würden die Franzosen wieder einen Vorwand haben, um über Deutschland Beschwerde zu führen, um mit ihrer Neubesetzung des Ruhrgebiets drohen zu können. Die vorstehend entwickelten Gesichtspunkte werden in der englischen Antwort, die wahrscheinlich noch heute nach Paris abgehen wird, hervorgehoben werden.

oberschlesischen Problem verlegen und auseinandersetzen, warum er keine Möglichkeit habe, an der Sitzung des Obersten Rates teilzunehmen, solange die Sachverständigen nicht genannt und die Verstärkungen nicht in das bestimmte Gebiet entsandt seien. Früher könne der Oberste Rat doch nicht zu einer einstimmigen Entscheidung gelangen. Es müßte also besser die Sitzung auf Ende August oder Anfang September verschoben werden. Man habe in England das Bedürfnis, Ferien zu nehmen. Die oberschlesische Frage sei zu verwickelt, als daß sie nicht auf Grund ernsthaften Materials geprüft werden müßte. In ein oder zwei Sitzungen sie übers Knie brechen zu wollen, hieße, so sagt das Echo de Paris, grundlegende Bedingungen für Frankreichs Sicherheit verlieren. Er glaube daher, versichern zu können, daß trotz dem gegenteiligen englischen Wunsch die Boulogne-Konferenz um einen Monat verschoben werde.

## Ministerrat in Paris

Eigene Drahtmeldung

**Paris**, 22. Juli. Unter dem Vorsitz Millerands wird heute in Rambouillet ein Ministerrat stattfinden. Briand wird über die äußere Lage sprechen und seine Gesichtspunkte zum [illegible]

## Ein französisch-polnischer Geheimvertrag?

**Rom**, 22. Juli. Das Blatt Paese veröffentlicht folgende Warschauer Information über den französisch-polnischen Geheimvertrag: Polen verpflichtet sich, ein Heer von 600 000 Mann zu unterhalten, wozu Frankreich einen Goldfrank pro Tag und Mann beiträgt. Für die günstige Lösung der oberschlesischen Angelegenheit erhalten die Franzosen die Ausbeutungsrechte in den Bergwerksbezirken Pleß und Rybnik, sowie 40 Prozent Kapitalbeteiligung an den gesamten oberschlesischen Gruben.

## Die Ruhr in Oberschlesien

**Breslau**, 22. Juli. Wie der Oberschlesische Wanderer aus Hindenburg meldet, ist dort eine Ruhrepidemie ausgebrochen. Vom 1. bis 21. Juli sind polizeilich 191 Fälle gemeldet worden, von denen 30 tödlich verliefen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210722/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG